

Verhaltensregeln für Rechtsanwälte im Familienrecht

Präambel

Diese Richtlinien gehen davon aus, dass im Familienrecht juristische und psychologische Fakten oft miteinander vermischt sind, diese aber nicht auf einer Ebene behandelt und gelöst werden können. Für die juristische Klarheit ist es unerlässlich, Recht und persönliche Konflikte voneinander zu trennen, d. h. zu „entmischen“. Zur Trennung der juristischen und psychologischen Fakten benötigen Familienanwälte ein Grundverständnis von Psychologie und Konflikttheorie. Hieraus folgt, dass eine professionelle juristische Bearbeitung von Familienrechtsfällen in aller Regel einen angemessenen Umgang mit persönlichen Konflikten und der psychologischen Dynamik des Falls erfordert, auch wenn deren Lösung selbst nicht Sache des Juristen ist.

1. Grundsätzliches für alle im Familienrecht tätigen Rechtsanwälte:

- 1.1. Rechtsanwälte sollen sich in die persönlichen Konflikte ihrer Parteien einfühlen können, sich aber nicht mit ihnen als eigene Sache identifizieren.
- 1.2. Sie sollten in der Lage sein, auch die Interessen und Gefühle der Gegenpartei zu berücksichtigen, da kooperative Lösungen ohne Einbeziehung der Gegenpartei nicht möglich sind.
- 1.3. Sie dürfen weder von sich aus noch im Auftrag ihrer Partei es darauf anlegen, einen Streit anzuzetteln, indem sie Formalien, Umfang oder Häufigkeit von Besuchen taktisch einsetzen, um so ihrer Partei Vorteile zu verschaffen. Sie sollten sich vielmehr bei der eigenen Partei nachdrücklich für eine Entschärfung der Konflikte einsetzen, da diese rechtlich meist unerfahren und durch anwaltliches Verhalten leicht beeinflussbar ist.
- 1.4. Materielle Forderungen dürfen nicht dazu dienen, Zwangslagen der Gegenpartei auszunutzen, wie vor allem etwa den Zugang zu den Kindern zu behindern.
- 1.5. Rechtsanwälte sollten sich nicht an einem Streit aus Rachgefühlen beteiligen. Ein Streit, der aus Rachgefühlen geführt wird, liegt dann vor, wenn das Ziel der eigenen Partei vor allem ist, der Gegenpartei zu schaden oder ihr weh zu tun.
- 1.6. Sie sollten ihrer Partei den Mediationsgedanken nahe bringen und erläutern, so dass diese befähigt werden, selbst sachlich miteinander zu verhandeln.

2. Kollegiales Verhalten bei streitigen Auseinandersetzungen:

- 2.1. Rechtsanwälte dürfen weder schriftlich noch mündlich persönlicher Attacken gegen den Gegenanwalt richten und haben abfällige Bemerkungen über die Gegenpartei unbedingt zu unterlassen. Sie begegnen selbst bei scharfer sachlicher Auseinandersetzung der Gegenseite stets mit persönlichem Respekt.

- 2.2. Sie beantworten Telefonanrufe der Gegenseite innerhalb angemessener Zeit. Sollte dies nicht möglich sein, ist die Gegenseite in geeigneter Weise davon zu informieren.
- 2.3. Schriftsätze sind sachlich und inhaltlich respektvoll zu beantworten und haben einen polemischen oder herabsetzenden Ton grundsätzlich zu vermeiden.
- 2.4. Rechtsanwälte unternehmen keine Alleingänge in Fragen, die beide Seiten betreffen und in denen um eine gegenseitige Ansprache gebeten worden war. Sie üben auch keinen Druck etwa durch Einholung von Gutachten oder Stellungnahmen aus.
- 2.5. Dokumente oder Beweisstücke werden der Gegenseite rechtzeitig zur Kenntnis gebracht und nicht erst im Besprechungs- oder Gerichtstermin vorgelegt.
- 2.6. Schriftsätze, insbesondere solche mit neuem Vorbringen, sind der Gegenseite ebenfalls rechtzeitig zu übermitteln und keinesfalls erst im Termin vorzulegen, es sei denn, es gibt hierfür zwingende sachliche Gründe.

3. Besonderes Verhalten bei Streitigkeiten über Umgang und elterliche Sorge:

- 3.1. Rechtsanwälte betreiben Sorge- und Umgangsstreitigkeiten nicht mit dem Ziel wirtschaftlicher Vorteile oder der Machtausübung für ihre Partei.
- 3.2. Sie unterstützen in der Auseinandersetzung keine Argumentation, die auf Motiven der Rachsucht oder dem Bedürfnis nach persönlicher Genugtuung gegenüber dem anderen Partner beruht.
- 3.3. Sie haben die Pflicht, bei ihren Parteien auf gemeinsame Gespräche mit dem Ziel einer Verständigung hinzuwirken. Sie sollen auf die Möglichkeit einer Mediation oder einer anderen Möglichkeit zur Bereinigung der Elternkonflikte hinweisen und diese aktiv unterstützen.
- 3.4. Konkret begründete Vorschläge oder Angebote zur Zusammenarbeit müssen ebenso beantwortet, und dürfen nicht ohne eine sachliche Begründung abgelehnt werden.
- 3.5. Rechtsanwälte sollten sich so früh wie möglich um Angebote der finanziellen, sozialen oder beraterischen Unterstützung kümmern und diese in die Wege leiten.